

5. Erklärungen

5.1. Ich/Wir beantrage(n) hiermit einen Zuschuss nach Maßgabe der geltenden Richtlinien für die unter Nummer 2 genannte Maßnahme.

5.2. Für die vorgesehenen Maßnahmen habe(n) ich/wir von anderen Stellen eine Förderung/Zuwendung beantragt bzw. erhalten (z.B. Arbeitsamt, Wirtschaftsförderung, Denkmalschutz, Kreditanstalt für Wiederaufbau u.a.):

nein ja Fall ja: Stelle, Art der Förderung/ Zuwendung und Betrag angeben:

<u>Stelle</u>	<u>Art der Zuwendung</u>	<u>Betrag</u>

5.3. Straßenbaubeitragserhebung bzw. Erschließungsbeitragserhebung wird durchgeführt (nur für Kommunen) ja nein

5.4. Das Objekt

ist denkmalgeschützt bzw. liegt im Umgebungsbereich eines Kulturdenkmals, (wenn ja, ist eine Stellungnahme der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde beizufügen)

liegt in einem Landschaftsschutz-/Naturschutzgebiet (wenn ja, Stellungnahme der zuständigen Naturschutzbehörde beifügen)

ist ehemals bzw. derzeit noch landwirtschaftlich genutzte Bausubstanz

unterliegt folgenden gesetzlichen Einschränkungen: _____

5.5. Ich/Wir sind Eigentümer des zu fördernden Objektes.

Es bestehen folgende anderweitige Verfügungs- oder Nutzungsrechte:

5.6. Das Alter des Bauwerkes beträgt _____ Jahr(e). Das beantragte Vorhaben wird in der beigefügten Kurzbeschreibung hinsichtlich des derzeitigen Zustandes begründet.

5.7. Für das Vorhaben bin ich/sind wir zum Vorsteuerabzug berechtigt

nicht voll teilweise (%)

5.8. Mir/Uns ist bekannt, daß Luxus- und Sonderausstattungen sowie der Erwerb von Materialien und Bauteilen nur mit den Durchschnittspreisen einer Standardausführung als förderfähig anerkannt werden können.

5.9. Mir/Uns ist/sind folgende Fördergrundsätze bekannt:

- Vor Erlass des Zuwendungsbescheides oder vor einer schriftlichen Zustimmung zum vorzeitigen Beginn begonnene Vorhaben sind von der Förderung ausgeschlossen. Der Abschluß eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z.B. Kaufvertrag, Werkvertrag, Honorarvertrag, Auftragsbestätigung) ist dabei grundsätzlich als Beginn zu werten. Der Erwerb eines Grundstückes und die Erteilung eines Auftrages zur Planung oder zur Bodenuntersuchung gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, gerade sie sind Zweck der Zuwendung.
- Ich/Wir habe/n der Bewilligungsbehörde mitzuteilen, wenn der Verwendungszweck (Zweckbindungsfrist) gemäß der geltenden Richtlinien oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen.
- Von den Angaben dieses Antrages hängt die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung ab.

5.10. Ich bin/Wir sind bereit, die rechtmäßige Verwendung der Fördermittel jederzeit durch die zuständigen Kontrollbehörden auch vor Ort überprüfen zu lassen.

5.11. Mir/Uns ist bekannt, dass auf die Fördermittel nach dem im Zuwendungsbescheid festgelegten Abrechnungstermin kein Anspruch mehr besteht.

5.12. Ich/Wir erkläre(n), dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet und kein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren beantragt oder eröffnet ist.

5.13. Mir / uns ist bekannt und ich / wir willige(n) ein, dass meine / unsere personenbezogenen Daten verarbeitet werden, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörden und Stellen erforderlich ist. Eine Rechtspflicht meinerseits / unsererseits zur Abgabe der personenbezogenen Daten besteht nicht. Mir / uns ist bekannt, dass ich / wir das Recht habe(n), die Abgabe der personenbezogenen Daten zu verweigern. Für den Fall, dass ich / wir die Abgabe der personenbezogenen Daten verweigern, wurde(n) ich / wir darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine Förderung in diesem Fall nicht erfolgen kann. Ich weiß / wir wissen und bin / sind damit einverstanden, dass bereits erhobene Daten zu anderen Fördermittelanträgen mit den Angaben dieses Antrages verglichen und zu Kontrollzwecken in dieses Prüfverfahren einbezogen werden. Ich / wir willige(n) ein, dass die Daten dem Bund und der EU im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen übermittelt werden. Mir / uns ist bekannt, dass - soweit es zur Aufgabenerfüllung nach dem Gesetz über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10.Juni 1999, SächsGVBl S.273, erforderlich ist - meine / unsere personenbezogenen Daten durch die Sächsische Staatskanzlei oder ein Sächsisches Staatsministerium nach § 4 Abs.1 SächsFöDaG auch ohne mein / unser Einverständnis verarbeitet werden dürfen.

6. Sonstige Bestimmungen

6.1. Wegen **Subventionsbetrug** (§ 264 Strafgesetzbuch i.V.m. § 2 Subventionsgesetz) wird bestraft, wer

- über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn vorteilhaft sind,
- den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis läßt.

6.2. Die Behörden sind verpflichtet, den **Verdacht** eines Subventionsbetruges den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

6.3. Auf Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Aus der Zustimmung zum vorzeitigen Beginn entsteht kein Rechtsanspruch auf Förderung oder Erstattung von Kosten im Falle der Ablehnung des Antrages.

6.4. Die Bewilligung ersetzt keine bau- u.a. rechtliche Genehmigungen.

6.5. Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Zuwendung sind die zuwendungsfähigen Kosten nach der Kosten- und Finanzierungsübersicht (lt. Pkt. 4). Diese werden von der Bewilligungsbehörde festgesetzt. Der Kosten- und Finanzierungsplan wird mit der Bewilligung eines Zuschusses bzw. Darlehens verbindlich.

Ich/Wir erkläre(n) die Vollständigkeit und Richtigkeit der geforderten Angaben in diesem Antrag. Bestandteile dieses Antrages sind das Beiblatt Nr. und die im Beiblatt aufgeführten Anlagen.

Ort, Datum, Unterschrift

Besonderer Hinweis:

Subventionserhebliche Tatsachen sind

- die Angaben zu den Nummer 1 bis 5 dieses Antrages sowie im zugehörigen Beiblatt
- die Erklärung zum Beginn des Vorhabens
- Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden
- Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist

Stellungnahme der Gemeindeverwaltung und des örtlich zuständigen Planers/Architekten zum Vorhaben des Antragstellers

1. Stellungnahme des Planers/Architekt

Datum: _____

Unterschrift: _____

2. Stellungnahme der Gemeindeverwaltung(en) (nur für nicht kommunale Maßnahmen)

Datum: _____

Unterschrift/Stempel: _____

Die Stellungnahmen anderer Behörden, Ämter und Dienststellen sind, soweit erforderlich, auf der Grundlage der Anforderungen des Beiblatts in gesonderter Form beizufügen.